Bewirtschaftungsvertrag

zwischen dem Landkreis Uckermark
 Karl-Marx-Straße 1
 17291 Prenzlau

vertreten durch den Landrat

- Auftraggeber -

und der Uckermärkischen Dienstleistungsgesellschaft
 mbH (UDG)
 Franz-Wienholz-Straße 25 a
 17291 Prenzlau

vertreten durch den Geschäftsführer

- Auftragnehmer -

wird folgender Vertrag über die Bewirtschaftung (beinhaltet hier: die Bewirtschaftung während der Öffnungsphase, die Rekultivierung, die Sicherung und die Nachsorge) der kreiseigenen Deponie Pinnow als Deponie der Klasse I (**DK I - Deponie**)

geschlossen:

Präambel

Die Uckermärkischen Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG) ist eine Tochtergesellschaft des Landkreises Uckermark, die vom Landkreis Uckermark als Drittbeauftragte i. S. v. § 22 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) mit der Durchführung aller Aufgaben des Landkreises im Bereich der Abfallwirtschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger bzw. im Rahmen seiner Zuständigkeit nach dem Geschäftsbesorgungsvertrag vom 09.12.2004/15.12.2004 beauftragt ist.

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der kreiseigenen Deponie Pinnow als DK I - Deponie nach Einstufung gemäß Deponieverordnung sollen in diesem Vertrag näher ausgestaltet werden.

§ 1 Vertragsgrundlage

Die Leistungserbringung erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, hier besonders der des KrWG vom 24. Februar 2012 (insbesondere § 43 – Anforderungen an Deponien) und der Deponieverordnung vom 02.05.2013 (insbesondere §§ 11, 12 und 24 sowie Anhang 5 Nr. 3 und 10) in den jeweils gültigen Fassungen.

Anwendung findet daneben die abfallrechtliche Plangenehmigung AZ: RW 1-65.017-73-82-52/0410 des Landesumweltamtes Brandenburg vom 28. April 2010 für die Siedlungsabfalldeponie Pinnow.

§ 2 Vertragsgegenstand

- (1) Vertragsgegenstand ist die Bewirtschaftung der nachfolgend aufgeführten kreiseigenen DK I - Deponie entsprechend der in § 1 festgelegten Vertragsgrundlagen durch den Auftragnehmer.
 - Deponie Pinnow, Angermünder Weg 8, 16278 Pinnow
- (2) Zu den Bewirtschaftungsleistungen gehören gemäß der in § 1 zitierten abfallrechtliche Plangenehmigung:
 1. Ertüchtigung und Weiterbetrieb der Deponieabschnitte Nordhalde, Südhalde und Osthalde als DK I - Standort
 2. Allgemeine Verwaltungsleistungen der Geschäftsführung, des Rechnungs- und Personalwesens
 3. Rekultivierung, Sicherung und Nachsorge nach Beendigung der Ablagerung
 4. Überwachungs-, Kontroll-, Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen
 5. Erstellung eines Bewirtschaftungs- und Finanzierungskonzeptes mit Schließungsplan gemäß § 4 Abs. 6
 6. Bildung von Rückstellungen in ausreichender Höhe für die Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge aller Deponieabschnitte (siehe § 5).

§ 3 Auftraggeber

- (1) Eigentümer und Betreiber der in § 2 genannten Deponie im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) bleibt der Auftraggeber.
- (2) Der Auftraggeber kann jederzeit Auskunft über alle durchgeführten Leistungen verlangen. Ebenfalls kann der Auftraggeber jederzeit den Stand der Leistungsabrechnung einsehen.
- (3) Der Auftraggeber sichert zu, dass für die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer die Grundsätze gegenseitiger Loyalität gelten und gegebenenfalls künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung getragen wird.

§ 4 Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer bewirtschaftet die in § 2 Abs. 1 genannte Deponie auf eigene Kosten und Rechnung. Der Auftragnehmer ist für die Unterhaltung aller zur Deponie gehörenden Betriebs-, Verkehrs- und Nebenflächen sowie Nebenanlagen verantwortlich. Ihm wird die Verkehrssicherungspflicht für diese Flächen übertragen.

- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und umweltgerechten Leistungserbringung die notwendigen organisatorischen, personellen und technischen Voraussetzungen zu schaffen.
- (3) Für die Einhaltung und Erfüllung der arbeitsrechtlichen, sicherheitstechnischen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften gegenüber dem Personal ist der Auftragnehmer allein verantwortlich.
- (4) Der Auftragnehmer kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen. Er wird dabei die gesetzlichen Regelungen zum Vergaberecht und zum Mindestlohn beachten.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jederzeit Auskunft über alle durchgeführten Leistungen zu geben und die von den Überwachungsbehörden angeforderten Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
- (6) Der Auftragnehmer erarbeitet ein Bewirtschaftungs- und Finanzierungskonzept mit Schließungsplan für die in § 2 Abs. 1 genannte Deponie erstmals zu Vertragsbeginn. Dieses Konzept wird alle drei Jahre aktualisiert und dem Auftraggeber vorgelegt.
- (7) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber rechtzeitig über Änderungen im Bewirtschaftungs- und Finanzierungskonzept, Erweiterungen oder Umnutzungen der in § 2 genannten Deponie und bittet um Zustimmung.
- (8) Der Auftragnehmer sichert zu, dass für die Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber die Grundsätze gegenseitiger Loyalität gelten und gegebenenfalls künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung getragen wird.

§ 5 Rückstellungsbewirtschaftung

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften sind für die Sicherung und Rekultivierung einschließlich der Nachsorge der in § 2 Abs. 1 genannten Siedlungsabfalldeponie Rückstellungen durch den Auftragnehmer zu bilden. Dieser Betrag ist ausschließlich für diese Leistungen zu verwenden. Der Rückstellungsbestand und der Nachweis über die ausreichende Höhe der Rückstellung werden dem Auftraggeber jährlich übergeben. Der Rückstellungsbestand ist insolvenzrechtlich durch Sicherung des Aussonderungsrechts zu sichern.

§ 6 Haftung/Versicherung

Der Auftragnehmer haftet für alle auftretenden Schäden, es sei denn, er kann nachweisen, dass die Schäden nicht im Rahmen der Bewirtschaftung der Deponie durch ihn entstanden sind.

§ 7 Vertragsdauer

- (1) Der Vertrag tritt am 06.05.2016 in Kraft.

- (2) Die Laufzeit des Vertrages beträgt 15 Jahre. Sie kann auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien einvernehmlich verlängert werden, wenn dies ein Jahr vor Ablauf des Vertrages schriftlich beantragt wird.
- (3) Der Vertrag kann durch den Auftraggeber mit einer Frist von zwei Jahren jeweils zum 31.12. des laufenden Jahres aus außerordentlichem Grund gekündigt werden, wenn der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus dem Vertrag vorsätzlich schwerwiegend verletzt und eine einschlägige Abmahnung vorliegt. In diesem Fall ist die gebildete Rückstellung dem Auftraggeber herauszugeben.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages nichtig bzw. rechtsunwirksam sein oder werden, so wird die Rechtsgültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame Bestimmung rückwirkend zum Zeitpunkt der Unwirksamkeit durch eine andere zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt. Anstelle der von unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke soll eine angemessene Regelung gelten, die soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss des Vertrages oder bei einer späteren Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung die nicht berücksichtigten Aspekte bedacht hätten.

§ 9 Vertragsänderungen

Nebenabreden, Ergänzungen, Anpassungen oder Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung des Schriftformerfordernisses.

Prenzlau,

Stempel, Unterschrift
Auftraggeber

Stempel, Unterschrift
Auftragnehmer

Stempel, Unterschrift
Auftraggeber